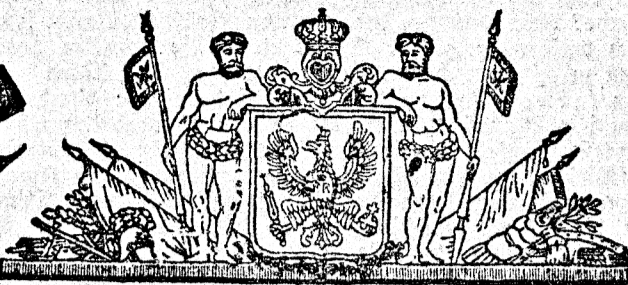


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Anz.- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 5,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto pro Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Druck- u. Verlags-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Akkordsystem in den Eisenbahnwerkstätten

Durchgreifende Beschlüsse der Eisenbahn-Verwaltung.

Die Eisenbahn-Verwaltung hat sich nach eingehenden Überlegungen im Einverständnis mit der Reichs- und Staatsregierung dazu entschlossen, die Werkstätten Breslau 2 und 4, Berlin 1 und 2, Stargardt, Seebalkebrück (Bezirk Hannover), Darmstadt 1 und 2, Salze (Bez. Magdeburg), Frankfurt a. M., Königsberg i. Pr., Jena und Gotha, deren Arbeitsleistungen ganz besonders schlecht und absolut unwirtschaftlich sind, zu schließen und gleichzeitig der Arbeiterschaft zu kündigen. Es ist beabsichtigt, die Werkstätten wieder zu eröffnen, sobald die Voraussetzungen für ihren wirtschaftlichen Betrieb vorhanden sind.

Das bedingt zweierlei. Die große Zahl der arbeitswilligen Arbeiter muß wieder das Vertrauen bekommen, daß sie in der Werkstatt ruhig arbeiten können, und die fachlich tüchtigsten Kräfte müssen wieder die Führung bei der Arbeit übernehmen. Dazu gehört, daß alle Elemente aus den Werkstätten ausgeschloffen bleiben, die dahin streben, die gesamte Arbeiterschaft ihrer Werkstätte an der Arbeit zu verhindern, und die die Arbeitsstunden als Erholungsstunden betrachtet haben, um dafür Arbeitern anderer Berufe außerhalb der Arbeitszeit um so wirksamer unlautere Konkurrenz machen zu können.

Es gehört ferner dazu, daß ein Lohnsystem geschaffen wird, das dem Durchschnittsarbeiter ein ausreichendes Einkommen gewährleistet, darüber hinaus aber jedem Arbeiter die Möglichkeit gibt, seiner Geschicklichkeit und seinem Fleiß entsprechend sein Einkommen zu verbessern. Die Arbeiterschaft der Eisenbahnwerkstätten hat der Wiedereinführung der Akkordarbeit bisher Widerstand geleistet mit der Behauptung, daß Akkordarbeit bei Reparaturarbeiten nicht möglich sei. Das ist unrichtig ist, beweisen die Erfahrungen der Privatindustrie, die seit einer Reihe von Monaten dieselben Reparaturarbeiten ausführt wie die Eisenbahnwerkstätten, und in deren Betrieben zum großen Teil in Akkord gearbeitet wird. Die Werkstätten werden deshalb nur für diejenigen Arbeiter wieder geöffnet, die sich bereit erklären, in Akkord zu arbeiten. Die Grundlöhne für den Akkord werden die soeben vereinbarten Tariflöhne sein.

Die Eisenbahnverwaltung ist entschlossen, den Tariflohnvertrag ihrerseits durchzuführen. Sie bietet durch die Wiedereinführung des Akkordsystems unter Festsetzung der Tariflöhne als Akkord-Grundlöhne ihren Arbeitern die Möglichkeit, ihr Einkommen wesentlich zu verbessern. Bei der Festsetzung der Akkordlöhne werden die Arbeiter beteiligt werden, und die einzelnen Stücklöhne sollen für längere Zeit vertraglich festgelegt werden, um auch jeder Willkür einzelner Aufsichtspersonen bei der Berechnung der Arbeit vorzubeugen. Die Verdienstmöglichkeit der Arbeiter soll also nach oben hin nicht begrenzt werden, sondern es soll lediglich vom Willen und von der Geschicklichkeit des Arbeiters abhängen, wie hoch sein Einkommen sich belaufen wird.

Zur Begründung dieser Maßnahmen wird uns von zuständiger Seite geschrieben: „Die Eisenbahnverwaltung hat unter dem Druck der Demobilisierungsvorschritten die Zahl ihrer Arbeitnehmer in den Werkstätten von 70 300 auf 180 000 vermehrt. Trotz dieser gewaltigen Vermehrung der Arbeitskräfte haben jedoch die Arbeitsleistungen der Werkstätten bei weitem nicht genügt, um die durch den Betrieb schädlich gewordenen Betriebsmittel wieder betriebsfähig zu machen. Die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven, die nach der Abgabe an die Entente noch 13 200 betrug, ist seitdem ständig zurückgegangen und beträgt zurzeit nur noch 12 600. Der Reparaturstand ist in der gleichen Zeit von 33 auf fast 48 v. H. gesunken.“

Die Eisenbahnverwaltung ist sich klar darüber gewesen, daß sie von ihren Werkstätten nicht dauernd die großen Leistungen verlangen konnte, die im Kriege erreicht wurden. Sie hat nicht einmal die wesentlich geringeren Friedensleistungen der Werkstätten von ihrer Arbeiterschaft verlangt, sondern in Anerkennung der Tatsache, daß diese durch die Unterernährung in der Kriegszeit oder durch die Leistungen im Felde ermüdet und arbeitsunlustig geworden war, daß ferner eine gewisse Knappheit an Werkzeugen und vor allem noch Mangel an guten Ausbesserungsmaterialien herrschte, von dem im Jahre 1918 erreichten Friedensleistung jeder Werkstätte 60 v. H. in Abzug gebracht und so auf Grund eingehender Ermittlungen die Leistungen errechnet, die gerechter-

wiese von den Arbeitern unter Berücksichtigung aller Umstände verlangt werden konnten. Aber selbst hinter diesen wesentlich herabgesetzten Leistungen bleiben im großen Durchschnitt aller Werkstätten die Arbeitsleistungen noch um etwa 60 v. H. zurück. Im einzelnen sind die Leistungen sehr verschieden; Werkstätten, die nur 20 bis 30 v. H. hinter der erwähnten Kollektion zurückbleiben, stehen andere gegenüber, die nur ein Viertel, ja ein Sechstel bis ein Achtel dieser Kollektion schaffen. Die gut ausgerüstete Hauptwerkstätte Wies zum Beispiel leistet mit 2770 Arbeitern kaum das, was die Werkstätte Behdors mit 1000 Arbeitern schafft. Dieser Rückgang der Leistungen ist um so erschreckender, weil er trotz großer Verbesserungen der Ausrüstung der Werkstätten und trotz einer wesentlich stärkeren Belieferung mit gutem Arbeitsmaterial eingetreten ist. Die Eisenbahnverwaltung hat im Jahre 1918 447 Millionen, im Jahre 1919 110 Millionen Mark für die Beschaffung von Werkzeugmaschinen und Werkzeugen ausgegeben, daneben sind 1918 220 Millionen, 1919 mehr als 1 Milliarde für Ausbesserungsmaterialien ausgegeben worden, und dank der Mithilfe der Wirtschaftsbehörden und der Industrie ist es gelungen, Dichtungsmaterialien, Kupfer und dergleichen wieder in ausreichendem Maße zu bekommen.

Der trotzdem eingetretene Rückgang der Arbeitsleistungen hat dazu geführt, daß der Lokomotivmangel bedrückende Formen angenommen hat. Obwohl im letzten Rechnungsjahr von der Privatindustrie 1161 neue Lokomotiven geliefert worden sind, und obwohl in den Werkstätten der Privatindustrie 600 schadhafte Lokomotiven ausgebessert worden sind, hat sich die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven in den letzten Monaten um fast 600 verringert. Während im Sommer 1919 750 Lokomotiven wöchentlich die Werkstätten ausgehollt verlassen, ist diese Zahl bis zum November 1919 auf 665 und bis zum Januar 1920 auf 520 herabgegangen.

Diese Verhältnisse lassen den Zeitpunkt fast mathematisch errechnen, wo der Betrieb wegen des Mangels an betriebsfähigen Lokomotiven zusammenbrechen muß. Die Verwaltung hatte bisher durch Einwirkung auf die Arbeiter zusammen mit den Gewerkschaften und durch Einsetzung besonderer Kontrollorgane der Arbeiter in den Werkstätten versucht, das Interesse der Arbeiter an ihrer Arbeit zu heben. Nachdem sich gezeigt hatte, daß diese Hoffnung vergeblich ist, und nachdem insbesondere in der Hauptwerkstätte Wies die Arbeiter zugestandenemassen in passive Resistenz getreten waren und in einer ganzen Reihe anderer Werkstätten die Arbeiter tatsächlich passive Resistenz trieben, ohne es zuzugeben, durfte die Verwaltung der dem Verkehr und dadurch dem Wirtschaftsleben des gesamten Volkes drohenden Gefahr nicht mehr ruhig zusehen.

Die Zeit des Uebergangs ist mit dem Friedensschluß zu Ende gegangen. Der Friedensvertrag legt uns hinsichtlich schwerer Verpflichtungen auf. Das zerrüttete Wirtschaftsleben wird nur dann vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, wenn es gelingt, die Arbeitsleistungen bedeutend und schnell wieder zu heben, um die Eisenbahnen wieder leistungsfähig zu machen. Zu Experimenten ist keine Zeit mehr, sondern es muß gehandelt werden, um in allen Betrieben die Bedingungen zu schaffen, die notwendig sind, um die größtmöglichen Arbeitsleistungen zu erzielen. Nur so kann Brot und Arbeit, für die Arbeiter insbesondere, gesichert werden.“

Die Ueberreichung der Antwort Hollands

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in Paris, 24. Januar.

Der holländische Gesandte Kommer London hat gestern nachmittag 5 Uhr die (in der „Vossischen Zeitung“, Abendausgabe vom 22. d. M., wörtlich mitgeteilte) offizielle Antwort der holländischen Regierung auf die Aufforderung zur Auslieferung Wilhelms II. dem Ministerpräsidenten Millerand übergeben.

in Rotterdam, 24. Januar.

Die englische Presse veröffentlicht die Antwortnote Hollands auf das Auslieferungsgesuch des Kaisers meist wörtlich ohne Kommentar. Die einzigen Ausnahmen machen „Daily News“ und „Daily Express“. „Daily News“ sagt: „Es sei ein Unterschied, die Auslieferung des Kaisers zu verlangen und den Kaiser auch zu bekommen. Das Blatt fragt, ob man es hier nicht einfach mit einem Lustspiel zu tun habe, und falls es so ist, dann die holländische Antwort zweifelloser Anfang vom Ende.“ „Daily Express“ sagt: „Durch seine Weigerung ist es Holland gelungen, die Alliierten und den Obersten Rat lächerlich zu machen. Wir stimmen vollkommen damit überein, daß Wilhelm II. als ein Missetäter verurteilt werden muß. Aber eine solche Verurteilung muß schnell, würdig und vorbildlich sein.“

Chinas Eintritt in den Krieg.

Von
Paul v. Hingé.

Staatsminister v. Hingé war bis zur Kriegserklärung Chinas an Deutschland im Februar 1917 Gesandter in Peking. Mit großer Kühnheit und Gewandtheit gelang es ihm, trotz der feindlichen Seepartei, die Peking zu erreichen. In dem nachfolgenden Artikel macht Herr von Hingé bemerkenswerte und neue Mitteilungen über die Art, wie China in den Krieg hineingezogen wurde, und welche Rolle besonders Amerika dabei gespielt hat. Das Urteil des Verfassers über die japanische Politik können wir uns allerdings nicht zu eigen machen. Im Gegensatz zu ihm glauben wir vielmehr, daß Japan vergebens den Eintritt Chinas in den Krieg zu verhindern versucht hat. Ferner scheint uns das für die japanische Politik nicht genügend zum Ausdruck gebrachte Einvernehmen mit Rußland in den asiatischen Fragen besonders kennzeichnend zu sein. Der Zusammenbruch Rußlands, dessen Vorzeichen in Tokio ebenso wie in Washington Anfangs Februar zweifellos bekannt waren, dürfte denn auch erst die Möglichkeit für Amerika geboten haben, die Einmischung Chinas zu erzwingen. Wie weit auch in anderen weltpolitischen Fragen unsere Ansichten von denen des Verfassers abweichen, werden die Leser unschwer erkennen.

Das „Archiv für den Fernen Osten“ bringt in seiner letzten Nummer (Nov.-Dez. 1919) die Uebersetzung eines Artikels betitelt:

„Der Amerikanische fliegende Keil in China“ von Samuel Blythe, einem angesehenen amerikanischen Journalisten. Blythe schildert darin, wie im Februar 1917, nach Ankündigung des uneingeschränkten U-Boottkrieges seitens Deutschlands, vier Amerikaner — Geschäftsleute und Journalisten — und zwei Australier, der eine ein Journalist, der andere ein Beamter im Solde der chinesischen Republik, einen „Stoßkeil“ bildeten mit dem Ziel, China in den Krieg gegen Deutschland hineinzutreiben. Als vom Keil angewandte Mittel zählt Blythe folgende auf:

1. Die Vorsepielung, Japan würde auf der bevorstehenden Friedenskonferenz an Stelle und für China mitsprechen, China eine eigene Stimme verleihe, sich als Erbe der deutschen Gerechtigkeiten in China, in Kwantung, Schantung und anderswo dauernd festsetzen und darüber hinaus China in Abhängigkeit bringen. Dieser Unterjochung unter Japan könnte China nur dadurch entgehen, daß es im Weltkrieg Partei ergreife gegen Deutschland, und sich fest an die Vereinigten Staaten von Amerika anschlüsse.

2. Die trügerische Aussicht auf Uebergang der Ämter, Posten, des Einflusses und des Gewinnes, kurz: der Regierungstruppe an die sogenannten Jung-Chinesen, wenn sie (die meist in den Vereinigten Staaten oder auf amerikanischen Schulen in China erzogen sind) China zum Eintritt in den Krieg gegen Deutschland brächten.

3. Die betrügerische Verheißung der deutschen Boykottmaßnahmen, die Zurückweisung der in chinesischen Häfen internierten deutschen und österreichischen Dampfer. Erstere Verheißung war betrügerisch, weil den Chinesen jene Indemnität bereits gestundet worden war.

4. Die Drohung mit Meuterei und Aufruhr, angezettelt unter jüngeren, zugänglichen Offizieren der Pekingter Garnison.

5. Betrügerisches Zureden: es handele sich nicht darum, daß China Krieg gegen Deutschland begünne oder die diplomatischen Beziehungen abbräche, weit davon entfernt China solle sich nur mit den Vereinigten Staaten und anderen Neutralen in eine Linie stellen behufs Einpruchs gegen den uneingeschränkten U-Boottkrieg, eine Aktion, die zur Herstellung des Weltfriedens führen würde; China solle sich lediglich an seinen mächtigsten und allein uneigennützigsten Freund, die Vereinigten Staaten von Amerika anschließen. Weiter nichts!

Von anderen angewandten Mitteln schweigt Blythe, und ich will ihm darin folgen. Feststellen muß ich ausdrücklich, daß die in der Ausdrucksweise bei vorstehender Aufzählung eingeschlossene Beurteilung nicht auf mich zurückzuführen ist, sondern auf Blythe; daß er zusammenfassend das Verfahren der vier Amerikaner und zwei Australier als zwar nicht diplomatisch, aber als „wahrhaft amerikanisch“ bezeichnet. Hierin will ich ihm nicht folgen. Die erwähnten Mehrzahl der Amerikaner, die ich kenne, würden jenes Vorgehen keineswegs „truly american“ nennen, und alle würden es als unpolitisch verdammen — jetzt, wo die Früchte ihres Tuns gereift sind oder noch reifen.

Der amerikanische Gesandte Reinich hat die ihm zugesandene Mitgliedschaft zum „amerikanischen Stoßkeil“ bereits öffentlich abgelehnt. Ich lasse dem Keil neidlos die Verdienste, die er sich selbst zuspricht, und wende mich von den Personen zu dem, was geschehen ist und bleibt: dem Wesen der Geschehnisse.

Ja, es ist richtig, Blythe sagt die Wahrheit in seinem Artikel. Aber er sagt nicht die ganze Wahrheit. Er spricht